

Mit Bezug auf die Vorlage der Verwaltung konzentrierten sich die Wortbeiträge auf das Thema Familienzentren und die Kürzung der Betriebskostenpauschale für Tageseinrichtungen. Herausgestellt wurde die Intension des Landes, eine Trägervielzahl und eine Vielzahl für die drei Modelle für Familienzentren - das Dach-, Lotsen- und Galeriemodell - zu erreichen.

Auf Frage des Abg. Hauser sagte KVD'in Schrödl, die Unterstützung des Modellprojektes durch das Land liege in einer Finanzierung von Coaching, Fortbildung von Leitungskräften und wissenschaftlicher Begleitung. Zusätzliche Personalkosten finanziere das Land nicht.

Abg. Hauser machte ein Angebot an die Sprecher der Fraktionen, gemeinsam eine Resolution gegen die Kürzungen der Landesregierung in der Jugendhilfe zu formulieren, um jetzt noch frühzeitig auf den Landeshaushalt einwirken zu können.

Ltd. KVD Allroggen betonte, es diene nicht der Sache, dass Träger ihre Anträge unmittelbar an das Land stellen könnten und der örtliche Träger der Jugendhilfe nicht am Verfahren beteiligt werde, aber die Verantwortung tragen müsse. Er erwarte eine Beteiligung des örtlichen Trägers der Jugendhilfe bei der Aufgabe, Kindertagesstätten und ähnliche Einrichtungen zu Familienzentrum weiter zu entwickeln. Bei der Enge des Jugendamts Haushaltes sehe er kaum Spielraum, künftig zusätzliche Ausgaben in nennenswerter Höhe für Familienzentren aufzubringen. Dieses Problem sei zu den Haushaltsberatungen zu diskutieren; letztendlich müssten die Fraktionen und der Kreistag die Entscheidungen treffen.

Mitgl. Milz positionierte sich ausdrücklich für das Verfahren ohne Beteiligung der örtlichen Träger der Jugendhilfe.

Mitgl. Dobersalske sprach sich zur Problematik um die Sachkostenpauschale aus. Die Träger von Tageseinrichtungen seien in einer schwierigen Situation. Vor zwei Jahren habe das Land Partei übergreifend beschlossen, die Kürzung bei der Sachkostenpauschale nur für die Jahre 2004 und 2005 gelten zu lassen. Auf diese Entscheidung hätten die Träger vertraut, weil insbesondere die ein- und zweigruppigen Kindergärten unterfinanziert seien. Eine eingruppige Einrichtung erhalte knapp 12.000 € Sachkostenpauschale als gekürzte Pauschale. Bereits die unabdingbaren Betriebskosten wie Reinigungs-, Energie- und ähnliche Kosten machten ca. 14.000 € aus. Darin sei noch kein Cent für pädagogisches Material oder Reparaturen enthalten. Kleine Träger hätten keine Chance mehr, zusätzliche Mittel aufzubringen. Man müsse sich endlich die Finanzierungsnotlage der kleinen Träger vor Augen führen. Selbst er als Vertreter eines großen Trägers sehe bei den jetzigen Haushaltsberatungen in seinem Haus die Schwierigkeit, weiterhin Kürzungen aus der Sachkostenpauschale aufzufangen. Wenn die Kindergartenfinanzierung dauerhaft auf dieser Ebene bleiben werde, dass im Prinzip noch nicht einmal die Reinigungs- und Energiekosten beim Träger bezahlt werden könnten, dann müsse dem Kreis klar sein, dass er hier künftig in finanzieller Hinsicht in Anspruch genommen werde.

Abg. Hauser plädierte nochmals für die Resolution. Es sei wichtig, im Vorfeld, bevor der Landeshaushalt abgeschlossen sei, zu agieren und gemeinsam zu sagen, dass und wo Grenzen gezogen werden müssen. Er gehe davon aus, dass auch andere Kreise Appelle an die Landesregierung richten werden. Es werde diskutiert, Elternbeiträge freizustellen, Landesförderungen im KiTa-Bereich würden gekürzt, Leuchtturmprojekte wie das Familienzentrum würden initiiert, ohne eine Finanzierung zu leisten, das sei nicht hinnehmbar.

Abg. Donie sprach sich für ihre Fraktion gegen eine Resolution zum jetzigen Zeitpunkt aus. Diese könne auf den Weg gebracht werden, wenn genaue Daten vom Land bekannt seien.

Abg. Dr. Lamberty sprach sich gegen eine Resolution aus, da diese nach seinen Erfahrungen generell ineffektiv seien.

Abg. Deussen-Dopstadt betonte, der Ausschuss mache Jugendpolitik und sei Interessenvertreter der Kinder und Jugendlichen. Dazu gehöre auch die klare Positionierung

für die Interessen von Kindern und Jugendlichen. Sie wünsche eine sachliche Resolution, welche die kommunale Seite betone und aufzeige, wo die Grenzen für den Kreis und die kommunalen Institutionen seien. Jede Landesregierung müsse diesem Druck aus den Kommunen gewachsen sein, das sehe sie auch parteiübergreifend.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird Abg. Hauser die Sprecher der Fraktionen zum Thema Resolution zum Gespräch einladen.

Abschließend nahm der Ausschuss die Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage zustimmend zur Kenntnis.